

Was steht eigentlich so in der Sudetendeutschen Zeitung?

Von Renate Hennecke

Vorbemerkung der Redaktion.....	1
Zwei Begriffe fallen auf: „Volksgruppe“ und „Exilhauptstadt“.....	2
Die Volksgruppe als Träger von Volksgruppenrechten.....	3
Das Selbstbestimmungsrecht.....	4
Geschichtsbilder von Franzel und Kittel.....	5
Drall ins Zwielficht.....	5
An „München“ waren die Tschechen schuld.....	6
...und natürlich Versailles.....	7
Der Witikobund.....	8
WB-Aktivist als „Zeitzeuge“.....	9
Kulturerbe - Kulturnation.....	9
„Die Zukunft gestalten“.....	10
Die unmittelbare Zukunft.....	10
Auf kurze Sicht:.....	10
Warum ist denen das so wichtig?.....	11
Volksgruppenrecht und Weltmacht Europa.....	12

Vorbemerkung der Redaktion

Der diesjährige 61. Sudetendeutsche Tag im Augsburger Messezentrum am 22./23. Juni steht unter dem Motto: „Gemeinsame Geschichte. Gemeinsame Zukunft in Europa“. Das Motto vergangenes Jahr war ganz ähnlich: „Der Geschichte verpflichtet – die Zukunft gestalten“. Verdammt ähnlich auch die politischen Positionen, die von der demokratischen Öffentlichkeit nicht kommentarlos hingenommen werden sollten. Deshalb hier nochmal ein kritischer Blick, den Renate Hennecke bereits vergangenes Jahr in Form eines Vortrags bei der VVN in die Sudetendeutsche Zeitung warf. Er zeigt überdeutlich, welcher Geschichte sich die Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft verpflichtet fühlen und welche Zukunft sie sich erhoffen. Daran hat sich seit letztem Jahr leider nichts geändert.

Es werden typische Artikel aus der Sudetendeutschen Zeitung (SdZ) zu folgenden Themen vorgestellt:

- Das Selbstverständnis der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) als Exilregierung einer „Volksgruppe“ von vier Millionen
- Die Präsenz der „Gesinnungsgemeinschaften“ (deutsch-nationaler Witikobund, katholische Ackermann-Gemeinde, sozialdemokratische Seliger-Gemeinde) in der SdZ
- Die Verteidigung des Münchner Abkommens als angebliche Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts
- „Europa der Volksgruppen“: Ziel von Bernd Posselt (CSU; Sprecher der SL) im Europa-Parlament
- Die „Sudetendeutsche Volksgruppe“ im Dienste einer deutsch dominierten „Weltmacht Europa“.

München/Augsburg. Der Sudetendeutsche Tag 2009 am 30. – 31. Mai fand wieder in Augsburg statt. Sein Motto hieß: „Der Geschichte verpflichtet die Zukunft gestalten.“ Im Vorfeld führte der Kreisverband Augsburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) am 26. Mai eine Informations- und Diskussionsveranstaltung durch. Als Referentin untersuchte Renate Hennecke, Redakteurin der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, Selbstverständnis, Geschichtsbilder und

Zukunftsvorstellungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) anhand von Artikeln aus der Sudetendeutschen Zeitung (SdZ). Der folgende Artikel basiert auf diesem Referat.



Liebe Landsleute, der 60. Sudetendeutsche Tag ist Anlaß, prüfend zurückzublicken und gleichzeitig Visionen für die Zukunft zu entwickeln. Schon wenige Jahre nach der völkerrechtswidrigen Vertreibung aus der angestammten Heimat hat unsere Volksgruppe sich zu einer starken, vielfältigen und lebendigen Organisation zusammengeschlossen, deren Arbeit im jährlichen Pfingsttreffen – einer der größten Veranstaltungen, die regelmäßig in Europa stattfinden – ihren Höhepunkt erreicht. *Bernd Posselt, Sprecher der sudetendeutschen Landsmannschaft, in der Einladung.* Bild: Wettach Wikimedia

Zwei Begriffe fallen auf: „Volksgruppe“ und „Exilhauptstadt“

Anfang Februar 2009 berichtete die Sudetendeutsche Zeitung über eine Ausstellungseröffnung im Sudetendeutschen Haus in München. Die Wanderausstellung mit dem Titel „Die Sudetendeutschen – eine Volksgruppe in Europa von den Anfängen bis zur Gegenwart“, hieß es in dem offiziellen Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sei nun, nach mehreren anderen Stationen, „zurück in der Exilhauptstadt der Sudetendeutschen“.

Zwei Begriffe fallen auf: „Volksgruppe“ und „Exilhauptstadt“. Was ist eine Volksgruppe? Und wieso wird München als „Exilhauptstadt“ bezeichnet?

Der Blick ins Lexikon macht deutlich, wie verschwommen der Begriff „Volksgruppe“ ist. Häufig wird er

synonym mit „ethnische Minderheit“ gebraucht, ist aber nicht identisch damit. Als einfachsten Nenner können wir festhalten: Es handelt sich um einen ethnisch definierten Teil der Gesamtbevölkerung eines Staates.

Die „Sudetendeutsche Volksgruppe“ soll heute, laut SL, vier Millionen Menschen weltweit, davon zwei Millionen in Bayern und 3,5 Millionen in der gesamten BRD, umfassen, obwohl in der Tschechoslowakei bis 1945 nur ca. 3,2 Millionen deutschsprachige Einwohner gezählt wurden. Wie kommt das zustande?

Laut Satzung der SL gehören zu der Volksgruppe nicht nur die aus der Tschechoslowakei stammenden Deutschen, sondern auch deren Ehepartner und sämtliche Nachkommen sowie alle, die sich zu den Zielen der SL bekennen.

Die SL versteht sich als die „politische Gestaltung der Volksgruppe außerhalb der Heimat“ – im Exil. München als Sitz der SL-Zentrale – der Exilregierung, bestehend aus Vorsitzendem und Sprecher, analog zu den Funktionen von Regierungschef und Präsident – wird deshalb als „Exilhauptstadt“ bezeichnet. Die Bundesversammlung der SL versteht sich als „Exilparlament“ oder auch „Parlament der Volksgruppe in der Vertreibung“, das Sudetendeutsche Büro in Prag wurde bei seiner Eröffnung noch leicht verschleiern als „Botschaft des guten Willens“ vorgestellt, mittlerweile aber auch schon unumwunden als „sudetendeutsche Botschaft“ tituliert.

Kaum verklausuliert kommt dieses Verständnis z.B. in dem Bericht über die Konferenz „Vergessene Helden“ vom September 2007 in Usti nad Labem zum Ausdruck. Dort ging es um deutschsprachige

ehemalige Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik, die gegen die Nazis kämpften. Als Teilnehmer der Konferenz werden „Spitzenpolitiker aus Deutschland und der Tschechischen Republik“ genannt. Dann heißt es: „Die Sudetendeutschen vertrat der Leiter des Sudetendeutschen Büros in der Tschechischen Republik, Peter Barton. Auch die Botschafter Deutschlands und Österreichs ... waren zugegen.“

Dieses Selbstverständnis der SL hat Konsequenzen: Der Bundesregierung wird das Recht abgesprochen, mit Prag Verträge abzuschließen, die Angelegenheiten der „Volksgruppe“ betreffen. Trotzdem getroffene Vereinbarungen werden nicht als bindend anerkannt. Stattdessen fordert die SL „direkten Dialog“ mit der tschechischen Regierung, vermittelt durch den bayerischen Ministerpräsidenten als „Schirmherr der sudetendeutschen Volksgruppe“. Dass Prag auf diese Forderung nicht eingehen kann, versteht sich. Von den Vertriebenenpolitikern wird das der tschechischen Seite als Unversöhnlichkeit und Zurückweisung der angeblich zur Versöhnung ausgestreckten sudetendeutschen Hand ausgelegt.

Die Volksgruppe als Träger von Volksgruppenrechten

Für die SL ist die Volksgruppe vor allem kollektiver Träger von „Volksgruppenrechten“. Darunter versteht sie zuerst das „Recht auf die Heimat“, d.h. auf ein ganz bestimmtes Stück Erdboden. In der Charta der deutschen Heimatvertriebenen (ihr „Grundgesetz“) von 1950 heißt es:

„Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.“

Dieses Recht gilt allerdings nur dort, wo die jeweilige Volksgruppe „von Gott hineingestellt“ wurde. Vor Jahrhunderten aus Polen oder vor Jahrzehnten aus der Türkei eingewanderten Menschen in Deutschland wird es nicht zugestanden.

Aufgrund des „Rechtes auf die Heimat“ fordert die SL ein „Rückkehrrecht als Volksgruppe“. Nun kann sich bereits seit der Aufnahme Tschechiens in die EU jeder Bürger eines anderen EU-Landes dort niederlassen, was ja auch Etliche tun. Das aber reicht der SL nicht. Sie will „als Volksgruppe“ zurückkehren dürfen. Damit beansprucht sie einen Status als juristische Person mit bestimmten Autonomierechten.

Während früher ein exklusives Recht auf die einst mehrheitlich (aber nie ausschließlich) deutschsprachig besiedelten Gebiete Böhmens und Mährens proklamiert wurde (Boden, wo Gott die Volksgruppe hineingestellt hat), wird heute hervorgehoben, dass sowohl Tschechen als auch „Sudetendeutsche“ Kinder desselben Gebietes seien und Gott beide zu einer unauflösbaren Nachbarschaft bestimmt habe. „Gott hat uns als Nachbarn gewollt“, heißt beispielsweise der Titel eines zweiteiligen Aufsatzes von Ortfried Kotzian, Leiter des Hauses des Deutschen Ostens in München, zum o.g. Motto des Sudetendeutschen Tages 2009 (SdZ, 12/2009).

Auch damit fordert die SL Rechte, die über die Rechte anderer EU-Bürger hinausgehen.

Natürlich ist den heutigen SL-Führern klar, dass es eine Rückkehr „als Volksgruppe“ nicht geben wird. Ihnen – oder zumindest den CSU-Politikern in der SL-Führung – geht es um die Verankerung von Volksgruppenrechten im internationalen Recht.

Das internationale Recht kennt keine Volksgruppenrechte. Es regelt die Beziehungen zwischen Staaten. Mit der Verankerung von Volksgruppenrechten im internationalen Recht würden Teile der Bevölkerung eines Landes das Recht erhalten, bei innerstaatlichen Konflikten den Schutz ausländischer Mächte anzufordern bzw. – andersherum ausgedrückt: ausländische Mächte könnten sich mit der Begründung, sie müssten eine bestimmte „Volksgruppe“ in einem Land schützen, das Recht auf Intervention in diesem Land beanspruchen.

SL-/CSU-Politiker versichern, ein solches Volksgruppenrecht würde ein friedliches Zusammenleben von Völkern und Volksgruppen sichern und Vertreibungen unmöglich machen. Wenn das wirklich so wäre, wer wollte dann dagegen sein?

Das Beispiel Jugoslawien zeigt jedoch, dass es da Probleme gibt. Mit der Begründung, die

Vertreibung bestimmter, ethnisch definierter Teile der jugoslawischen Bevölkerung stoppen zu wollen, begann die Nato im März 1999 ihren Bombenkrieg und setzte damit die „humanitäre Katastrophe“, die sie angeblich verhindern wollte, erst richtig in Gang.

Auch das Beispiel der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 mithilfe der „Sudetendeutschen Volksgruppe“ straft die o.g. Versicherungen Lügen.

Das Selbstbestimmungsrecht

Untrennbar mit dem „Recht auf die Heimat“ sei das „Selbstbestimmungsrecht“ verbunden, heißt es in den Veröffentlichungen der SL. Jedes Jahr im März wird der „Tag des Selbstbestimmungsrechtes“ begangen. Damit wird an den 4. März 1919 erinnert, an dem in der jungen Republik Österreich zum ersten Mal das Parlament zusammentrat. Die Regierung der am 28. Oktober 1918 gegründeten Tschechoslowakischen Republik verbot die Wahl sudetendeutscher Separatisten als Abgeordnete nach Wien. Bei Tumulten wurden 54 Beteiligte in verschiedenen Städten von der tschechischen Polizei erschossen.

Dazu muss man wissen:

Das Königreich Böhmen existierte seit dem Mittelalter in Grenzen, die die von den Sudetendeutschen als „die Heimat“ beanspruchten Gebiete einschlossen. Auch während der Zugehörigkeit zum Habsburgerreich (1620 bis 1918) gab es das Königreich Böhmen immer als eigene territoriale Einheit (der österreichische Kaiser war in Personalunion König von Böhmen). Nicht Gott hat die ersten Deutschen in das Land Böhmen hineingestellt, sondern verschiedene böhmische Könige haben im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit Werbetrupps nach Westen geschickt, um neue Siedler zu werben, ähnlich wie in den 1950er und 1960er Jahren Werbetrupps aus Deutschland zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte nach Italien, Spanien, Jugoslawien, in die Türkei etc. geschickt wurden. Ziel war die Erweiterung und Intensivierung von Landwirtschaft und Bergbau, um die Einkünfte von König und Adel zu vermehren. Da sowohl die urbar zu machenden Flächen als auch die Bodenschätze hauptsächlich in den Grenzgebieten des Landes zu finden waren, wurden die Neusiedler hauptsächlich dort angesiedelt. Der böhmische König gehörte damals zu den Kurfürsten des Heiligen Römischen Reiches „Deutscher Nation“, das heißt, er war einer der sieben Fürsten, die den deutschen Kaiser wählen durften. 1806 wurde das HRRDN unter dem Druck Napoleons aufgelöst.

Als Mitte des 19. Jahrhunderts die Bestrebungen zur Überwindung der deutschen Kleinstaaterei und zur Erneuerung des Reiches erstarkten, stand die Frage zur Debatte, welche Ausdehnung dieses Reich im Osten haben sollte. Für die meisten Abgeordneten zur ersten deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848 gehörte Böhmen ganz selbstverständlich dazu, und als der Repräsentant der tschechischen Nationalbewegung, Frantisek Palacky, die Einladung nach Frankfurt dankend ablehnte und erklärte, die Tschechen hätten nicht die Absicht, Teil des Deutschen Reiches zu werden, wurde ernsthaft in Erwägung gezogen, deutsche Armeen nach Böhmen zu schicken und die Einverleibung des Landes militärisch zu erzwingen. Bekanntlich scheiterte die Revolution von 1848, und es dauerte noch 13 Jahre bis zur Gründung des Zweiten Deutschen Reiches unter preußischer Hegemonie, in dem das Habsburgerreich und somit auch Böhmen nicht erwünscht waren. Unter den Deutsch-Böhmen – so die damals übliche Bezeichnung; der Ausdruck „Sudetendeutsche“ wurde erst Anfang des 20. Jahrhunderts als Kampfbegriff der völkischen Bewegung erfunden und in den 1930er Jahren üblich – gab es eine Strömung, die dennoch weiter einen Anschluss an das Deutsche Reich propagierte. So entstand ein Dauerkonflikt zwischen den staatsrechtlichen Konzepten derjenigen Böhmen, die weder mit dem Anschluss ganz Böhmens noch mit einer Teilung Böhmens nach ethnischen Gesichtspunkten einverstanden waren, und den Anschlusswünschen der völkisch orientierten Anhänger eines „großdeutschen“ Reiches.

Nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches eskalierte dieser Konflikt. Ende Oktober 1918 proklamierte der spätere Präsident Tomáš Garrigue Masaryk in den USA die unabhängige Republik Tschechoslowakei, während deutsch-nationale Kräfte in Böhmen den Anschluss einer Provinz Deutsch-Böhmen an Österreich beschlossen und dieses sich wiederum zum Bestandteil des Deutschen Reiches erklärte.

Dieser doppelte Anschluss wurde von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges nicht toleriert. Aber noch bevor der Vertrag von St. Germain beschlossen wurde und in Kraft trat, kam es zur Machtprobe

zwischen der neuen Regierung in Prag und der Führung von „Deutsch-Böhmen“: Am 4. März 1919 trat in Wien zum ersten Mal die Nationalversammlung der Republik Österreich zusammen. In den Gebieten „Deutsch-Böhmens“ wurde als Ausdruck der Anschlussbestrebungen für diesen Tag der Generalstreik ausgerufen, und es kam zu den oben erwähnten Tumulten mit 54 Todesopfern.

In der Sudetendeutschen Zeitung wird Jahr für Jahr im März ausführlichst über diese Ereignisse in dem Sinne berichtet, dass das „Sudetenland“ von tschechischem Militär „besetzt“ und die Sudetendeutschen gewaltsam in den neuen Staat gepresst worden seien. (Das Münchner Stadtmuseum trägt dieser Auffassung Rechnung, wenn es in einer Beschriftung von Ausstellungsobjekten behauptet, 1918/19 seien die sudetendeutschen Gebiete an die neu gegründete Tschechoslowakei „gelangt“.)

Geschichtsbilder von Franzel und Kittel

Jedes Jahr von neuem benutzt die SdZ die Erinnerung an die Ereignisse vom 4. März 1919, um der Ersten Tschechoslowakischen Republik ihre Daseinsberechtigung abzuspochen und sie als Fehlgeburt, Fehlkonstruktion etc. zu schmähen.

Am 24.10.2008 beispielsweise, d.h. zum 90. Jahrestag der Gründung der Republik, druckte die SdZ unter der Überschrift „Die Katastrophe“ einen Auszug aus dem Buch „Sudetendeutsche Geschichte – Eine volkstümliche Darstellung“ von Emil Franzel. Ausgerechnet Franzel: Der Historiker, Bibliothekar, Geschichtslehrer und Publizist war bis 1936 Mitglied der DSAP (Deutsche Sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakei), mutierte dann zum Hitler-Anhänger, wurde später Ideologe einer „Abendländische(n) Bewegung“ mit Ständestaatkonzept und Hoffnung auf Neuordnung (Mittel-)Europas unter habsburgischer Herrschaft (einen „österreichischen Legitimisten“ nennt ihn die Zeithistorikerin Vanessa Konze in ihrem Buch „Das Europa der Deutschen“). In der SL spielte er als Gründungsmitglied der Landsmannschaft und des Sudetendeutschen Rates eine Rolle. Genau diesen Anhänger der Habsburger Monarchie zitiert also die SdZ über eine ganze Seite zum Jahrestag der Unabhängigkeit.

Zu demselben Thema – der Gründung der jSR 1918 und den Ereignissen vom 4. März 1919 – war in der SdZ vom 7. März 2008 ein Bericht über eine Veranstaltung der SL Hessen mit Prof. Manfred Kittel, Historiker an der Universität Regensburg und am Institut für Zeitgeschichte München, zu lesen. Überschrift: „Die Spur von 1919 zu 1938 und 1945“.

Wenn den Sudetendeutschen 1919 nicht das Recht auf Selbstbestimmung verweigert worden wäre, spekulierte Kittel, *„wäre die deutsche und europäische Geschichte ganz anders verlaufen.“* Denn, so die SdZ weiter über Kittels Thesen, *„die von den Nazis propagierte völkische Idee habe nur deshalb so großen Zulauf gefunden, weil es nach 1918 so viele Auslandsdeutsche gegeben habe. Es sei richtig, daß von der verweigten Selbstbestimmung am 4. März 1919 eine Spur zu den Geschehnissen von 1933, 1938 und 1945 führt, bis hin also zur Vertreibung der Deutschen.“*

Hier wird also den Tschechen nicht nur gesagt, ihr seid selbst schuld am Münchner Abkommen, an der Besetzung durch Nazi-Deutschland etc., sondern ihnen wird sogar die Machtübernahme der Nazis in Deutschland 1933 in die Schuhe geschoben.

(Manfred Kittels wissenschaftlicher Ruf hat darunter nicht gelitten. Im Mai dieses Jahres wurde er von der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zum Gründungsdirektor des „Sichtbaren Zeichens“ in Berlin berufen.)

Drall ins Zwielficht

Im Dezember 2008 bejubelte die SdZ (nicht schamhaft in einem Leserbrief, wo sie sonst häufig allzu offene Worte versteckt, sondern in einem großen Artikel ihres Chefredakteurs Herbert Fischer) das Buch „Das deutsch-tschechische Drama 1918 – 1939 Errichtung und Zusammenbruch eines Vielvölkerstaates als Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg“ des Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof. In dem Buch des ehemaligen Bundeswehrgenerals geht es u.a. um die Vorgeschichte des Münchner Abkommens. Selbst die FAZ, die in dieser Hinsicht nicht gerade als sensibel einzuschätzen ist, bescheinigt dem Autor – sehr vorsichtig – einen *„Drall ins Zwielficht des Revisionismus“*. Schultze-Rhonhof, so die FAZ, blende zum einen *„die gesamte intensive Forschung zu diesem Komplex aus und stützt sich auf höchst zweifelhafte Literatur, subjektiv gefärbte Memoirenwerke und*

nationalsozialistische Dokumentensammlungen. “ Vor allem aber bediene „Schultze-Rhonhof Klischees, die von rechtsradikaler Seite hochgehalten werden.“ (FAZ, 6. Mai 2009, „Adolf der Vertragstreue“)

Über genau dieses Buch schreibt der SdZ-Chefredakteur Fischer in seiner Rezension: „*Bücher über diese Jahre gibt es etliche. Die meisten kranken an einer nicht erklärlichen Sympathie für die damalige Tschechoslowakei und einer ebensowenig nachvollziehbaren Rücksicht auf die heutige Tschechische Republik. Beides ist Gift für die Geschichtsforschung und führt zu falschen Ergebnissen ... Schultze-Rhonhof verzichtet auf derlei Rücksichten und damit auf das, was heutzutage als ‚political correctness‘ bezeichnet wird. Sein inhaltlicher Ansatz lautet, daß nicht nur die beschriebenen Verluste Deutschlands (am Ende des Ersten Weltkrieges – RH), sondern auch die Sudetenfrage – flankiert von den Interessen dritter Völker und Staaten – direkt in den Zweiten Weltkrieg führten.*“ Die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren im März 1939 habe, so zitiert Fischer zustimmend, „über das Besatzungsregime hinaus jedoch keine Kriegshandlungen nach sich (gezogen)“.

„Das Verdienst Schultze-Rhonhofs ist es auch“, fasst Fischer seine Lobeshymnen auf den revisionistischen Schinken zusammen, „die unsägliche Entstehungsgeschichte der ersten CSR und den Umgang jenes Staatsgebildes mit den als ‚Kolonisten‘ diffamierten Sudetendeutschen detailliert darzulegen – weshalb sich das Buch besonders für alle Kenntnislosen eignet.“ Man kann den Kenntnislosen versichern, dass ihre Kenntnislosigkeit unter der Lektüre des angepriesenen Buches nicht leiden wird.

Gleich neben dieser Rezension ein Artikel, in dem die Erste Tschechoslowakische Republik abwechselnd als „Staatsgebilde“, „Kunststaat“ und Staat bezeichnet wird, an dessen Anfang „eine Abfolge von Verbrechen, Vergehen und eine bemerkenswert niedrige Ethik“ gestanden hätten.

In der SdZ vom 27.2.2009 erneut eine heftige Klage über den angeblichen „Staatsterror“ in der 1. SR: Gernot Wildt, Fischers Vorgänger als Chefredakteur, phantasiert über die Geschichte der 1. SR als Abfolge immer neuer Massaker an der deutschen Bevölkerung.

Ganz im Gegensatz dazu steht die Schilderung der Verhältnisse im sog. Protektorat Böhmen und Mähren unter der Nazibesatzung. Schon in der oben vorgestellten Rezension des Buches von Schultze-Rhonhof heißt es, die Schaffung des Protektorats habe „über das Besatzungsregime hinaus jedoch keine Kriegshandlungen nach sich (gezogen)“.

Am 13.3.2009 schildert die SdZ unter der Überschrift „Protektorat nicht gleich Generalgouvernement“ eine angebliche Idylle. Fazit: „Die Lage der Tschechen im ‚Protektorat‘ der Jahre 1939 – 1945 war – mit Ausnahme des Heydrich-Attentats im Sommer 1942 – im Gegensatz zur Lage der Polen im ‚Generalgouvernement‘ zusammenfassend dadurch gekennzeichnet, daß bei Befolgen der Gebote der NS-Oberherren nur geringe Gefahr für Leben und Eigentum bestand.“

An „München“ waren die Tschechen schuld...

Aus Anlass des 70. Jahrestages des Münchner Abkommens vom 29. September 1938 beschäftigt sich die SdZ im Herbst 2008 in mehreren Nummern mit diesem einschneidenden Ereignis auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg.

In der SdZ Nr. 38 vom 19. September 2008 gibt der geschichtsrevisionistische Historiker Hellmut Diwald (1924-1993) die Richtung vor. Die SdZ druckt einen Ausschnitt aus seinem 1978 erschienenen Buch „Geschichte der Deutschen“ nach. Die Frage, „warum und wie es zu München kam“, ist aus seiner Sicht leicht zu beantworten: Alles war eine „Folge der Prager Politik“. Wörtlich heißt es:

„Das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 über den Anschluss des Sudetenlandes an das Reich war noch in ganz Europa als glückliche Lösung eines unerträglich gewordenen Problems gepriesen worden. Nicht das Deutsche Reich, sondern die Tschechoslowakei mit ihrer herausfordernden Minderheitenpolitik hatte die Krise in diesem Raum Europas heraufbeschworen. Sie war allerdings über Jahre hinweg durch die Anziehungskraft des Nationalsozialismus verstärkt worden, durch seine geistig-politische Solidarisierung mit den nationalen Traditionen und Wünschen der Auslandsdeutschen in aller Welt, die sich seit 1933 zu einem Teil der amtlichen Politik Deutschlands ausgeformt hatte. Das Abkommen war nicht unter brutal-militärischem Druck

Deutschlands geschlossen worden. Es kam zustande als Folge der Prager Innenpolitik unter Staatspräsident Edvard Benes...“

Gleich daneben ein begeisterter „Zeitzeugenbericht“ von 1938 unter dem Titel „Henlein spricht“:

„Aus allen Richtungen strömten die Menschen nach Hostau. Die Züge aus Stankau – Bischofsteynitz und Plan – Weißensulz waren überfüllt. Am Ringplatz wurde es eng. Vor dem Hoteleingang standen Jungen und Mädchen in schmucken Trachten Spalier. Dann kam Bewegung in die Menschenmasse. Vier Autos fuhren vor. Konrad Henlein entstieg dem einen. Tosender Beifall begrüßte ihn aus tausend Kehlen. Ein blondes kleines Mädchen überreichte ihm ein Sträußchen. Er hob es hoch und drückte das rotwangige Köpfchen an seine Brust. ...“ Dann ausführliche Zitate aus der Rede Henleins, der alle Probleme im Grenzgebiet auf eine angebliche antideutsche Politik der Prager Regierung zurückführt und schließlich zu dem Ergebnis kommt: *„Unter diesen Umständen ist ein Zusammenleben unmöglich. Unsere Appelle an die Regierung um Selbstverwaltung hatten keinen Erfolg. Der radikale Druck auf das deutsche Siedlungsgebiet wird immer stärker. ...“* Es bleibt dem Leser überlassen, die weiteren Schlüsse zu ziehen. Henlein bleibt der Volksheld, und der „Zeitzeugenbericht“ geht zu Ende mit einer weiteren rührseligen Story über eine Bäuerin, die unbedingt den Henlein sehen will, weil sie und das ganze Dorf ihn ja gewählt hatten. Sie ist ganz glücklich, dass er ihr die Hand gedrückt und Grüße an das Dorf aufgetragen hat, und schließt messerscharf: *„Du, Marie, der Henlein ist ein tüchtiger Mann, der wird für uns etwas erreichen.“*

Dazu ein ausführlicher Hinweis auf eine zweiteilige Dokumentation, die das Hessische Fernsehen für den 22. und den 29. September plant. Vorsorglich werden die Landsleute aufgefordert, sich die beiden Filme anzusehen, Notizen zu machen „und bei Kritik Zuschauerbriefe an den Sender zu richten“. Eine Kampagne zur Verteidigung der Lufthoheit über den Stammtischen wird damit vorbereitet.

...und natürlich Versailles

Am 26. September folgt ein Artikel des Chefredakteurs Herbert Fischer. Ein Auszug:

„1918/19 war der Beitritt Deutsch-Österreichs einschließlich der Sudetenländer [zum Deutschen Reich – RH] am Widerstand der Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges gescheitert. Im März 1938 geriet unter völlig anderen Umständen Klein-Österreich zu Deutschland – freilich ohne die Sudetenländer, die 1918 von den Tschechen besetzt und mitsamt der deutschen Bevölkerung in ihr Staatsgebilde namens CSR einverleibt worden waren, das die meisten nie als Vaterland akzeptierten. Darin wurden die Sudetendeutschen 20 Jahre entrechtet und gedemütigt. ... Im September 1939 empfanden auch die von Verfolgung nicht betroffenen Sudetendeutschen, daß sie von einem Unheil ins nächste geraten waren: Die deutschen Männer mußten in den Krieg und entrichteten aufgrund ihrer viel zu kurzen Ausbildung einen hohen Blutzoll. Ihrem Deutschtum blieben sie allerdings treu, und auch die ‚ethnische Trennung durch Grenzziehung‘, wie der sudetendeutsche Historiker Ortfried Kotzian den Anschluß von 1938 bezeichnet, stellten sie nicht in Frage.“

In derselben Nummer ein Artikel von Alfred Schickel. Der ebenfalls als Geschichtsrevisionist bekannte Historiker hat 1981 zusammen mit Hellmut Diwald und anderen die „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ gegründet und sitzt dieser seit vielen Jahren vor. In seinem Artikel vertritt er die offizielle Version der SL, die Abtretung der „deutschen“ Gebiete der jSR sei schon vor dem Münchner Abkommen (nämlich am 21. September) von Präsident Beneš angeboten worden, das Münchner Abkommen selber somit nur noch ein „Durchführungsabkommen“, bei dem die Tschechen entbehrlich waren.

Darunter ein Auszug aus einem Brief des britischen Lord Runciman, der im Auftrag seines Premiers Sir Arthur Neville Chamberlain im September 1938 das „Sudetenland“ bereiste, sich vor allem bei Parteigängern Henleins informierte und entsprechend nach London berichtete: „Unverzüglich übertragen“.

In der SdZ 40/2008 vom 3. Oktober geht es schließlich um „Das Münchner Abkommen aus sozialdemokratischer Sicht“. Es ist dies einer der wenigen Beiträge, mit denen sich die sozialdemokratische Seliger-Gemeinde in dieser Zeitung zu Wort meldet.

Der Artikel von Martin K. Bachstein unterscheidet sich in manchen Nuancen von dem, was in dieser Zeitung üblich ist. So wird darin beispielsweise das Selbstbestimmungsrecht nicht als oberstes

Heiligtum glorifiziert, sondern in mancher Hinsicht problematisiert. Gleichzeitig behauptet Bachstein jedoch, die Prager Regierung habe nach 1918 eine antideutsche Politik betrieben und die DSAP habe ihre frühere Mehrheit bei den „Sudetendeutschen“ verloren, weil sie sich als Klassenpartei statt als Volkspartei dargestellt habe. „München“ war für Bachstein *„letztendlich nur der negative Höhepunkt einer Entwicklung, die mindestens im Jahre 1918 begonnen hatte. ... Das Rad der Geschichte ist nicht zurückzudrehen. Schuld an ‚München‘ war nicht nur die separatistische Politik der SdP oder die antideutsche Haltung der Prager Regierungen, sondern vor allem der Geist des nationalen Revanchismus der Sieger und Verlierer von 1918. Siebzig Jahre nach ‚München‘ ist es deshalb höchste Zeit, für Tschechen und für Deutsche, im Interesse der Jugend von heute die Anliegen der Zukunft nicht weiter mit Forderungen aus der Vergangenheit zu belasten.“*

Zwei Seiten weiter beginnt die Verteufelung des TV-Zweiteilers („Die Sudetendeutschen und Hitler“ und „Heim ins Reich“) des Hessischen Fernsehens. Ein zentraler Punkt dabei ist die Darstellung des Münchner Abkommens. Überschrift: „Perfide Geschichtsverdrehung“:

„Vor allem auch das ‚Münchner Abkommen‘ wird in dieser Dokumentation in seiner völkerrechtlichen Bedeutung völlig verzerrt dargestellt. Richtigerweise war es nämlich so, daß im September des Jahres 1938 die Tschechoslowakei bzw. die Tschechen von England und Frankreich nicht ‚im Stich gelassen wurde/n‘, wie es vom Dokumentationskommentator tendenziös dargestellt wird, sondern waren die am 19. und 21. September 1938 erfolgte ‚Prager Abtretung‘ (...) und das darauf aufbauende ‚Münchner Durchführungsabkommen‘ vom 29. September 1938 eine vom Selbstbestimmungsrecht der Völker getragene Revision der sogenannten Pariser Friedensverträge des Jahres 1919. Gerade diese Revision war ja in diesen Friedensverträgen bereits für den Fall ausdrücklich vorgesehen, daß sich die gewaltsame Einverleibung der Sudetengebiete bzw. der Sudetendeutschen in den tschechoslowakischen Staat nicht bewähren würde.

Da die Verwirklichung der von Masaryk und Benes im Jahre 1919 vor Abschluß der Pariser Friedensverträge versprochenen ‚Zweiten Schweiz – mit Deutsch als zweiter Staatssprache‘ durch die chauvinistisch-tschechische Politik ... geradezu verhindert wurde, wären England, Frankreich und Italien als Siegermächte des Ersten Weltkrieges und als Garantmächte der Pariser Vorortverträge völkerrechtlich sogar verpflichtet bzw. dazu legitimiert, diese sogenannten Friedensverträge – zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen und zur Erhaltung des Völkerfriedens in Europa – durch die ‚Prager Abtretung‘ und deren ‚Münchner Durchführungsabkommen‘ zu revidieren. Diese völkerrechtlich korrekten Abkommen wurden dann anschließend auch vom tschechoslowakischen Parlament in Prag mit der erforderlichen Mehrheit zustimmend angenommen bzw. ratifiziert.“ (Letzteres ist schlicht eine Lüge!)

Schließlich werden Frankreich, Großbritannien, die Tschechoslowakei u.a. – nur nicht die deutschen Industrie- und Finanzherren, die Hitler finanzierten – für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht:

„Daß die ‚Prager Abtretung‘ und deren ‚Münchner Durchführungsabkommen‘ den Frieden in Europa letztlich nicht gerettet hat, kann den Sudetendeutschen nur von Böswilligen und Fälschern der geschichtlichen Wahrheit zum Vorwurf gemacht werden. Hätten dagegen die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (darunter auch die Tschechoslowakische Republik!) mit den Pariser Vorortverträgen eine Staaten- und Völkerordnung geschaffen, die den Namen ‚Friedensordnung‘ tatsächlich verdiente, dann wären uns mit allergrößter Wahrscheinlichkeit ein Adolf Hitler samt seinem Nationalsozialismus und ein Zweiter Weltkrieg mit all seinen vielen Opfern und der Verlust unserer jahrhundertelangen Heimat erspart geblieben!“

Der Witikobund

Bei der Sichtung der Artikel zum Thema Münchner Abkommen (in Tschechien sagt man „Münchner Diktat“) ist uns die Seliger-Gemeinde als eine der drei traditionellen „Gesinnungsgemeinschaften“ in der SL begegnet. Die zweite dieser Gesinnungsgemeinschaften ist die katholische Ackermann-Gemeinde (benannt nach der mittelalterlichen Dichtung „Der Ackermann aus Böhmen“ von Johannes von Tepl).

Die dritte ist der äußerst rechtslastige Witikobund. Von ihm war noch nicht die Rede, aber dennoch sind wir ihm bereits begegnet. Hellmut Diwald z.B. war Funktionär des Witikobundes (WB). Alfred

Schickel firmiert selbst nicht als „Witikone“, war aber im letzten Jahr als Redner bei der Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher angekündigt (Thema: „1938 Sudetendeutsches Schicksalsjahr“), ließ sich dann durch seinen Sohn Matthias Schickel (Geschichtslehrer in Ingolstadt) vertreten. Der Arbeitskreis ist eng mit dem Witikobund liiert, Vorsitzender beider Organisationen ist Dr. Hans Mirtes*. Er ist gleichzeitig auch Vorsitzender des SL-Heimatkreises Mies-Pilsen.

Seit Mirtes vor ca. 3 Jahren seinen Vorgänger Horst Rudolf Übelacker abgelöst hat, hat die Präsenz des WB in der SdZ erheblich zugenommen.

So enthält das Verbandsorgan der SL immer wieder Berichte über Veranstaltungen des WB, so z.B. über die Jahrestagung mit Neuwahl im September 2008: Redner waren der SL-Sprecher Bernd Posselt (CSU) und der oben vorgestellte Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof. In den Vorstand gewählt wurde u.a. der ehemalige Stellvertretende Chefredakteur der Jungen Freiheit, Mitgründer des Hochschulverbandes der Republikaner und Autor zahlreicher Publikationen im rechtsradikalen und neofaschistischen Bereich, Hans-Ulrich Kopp.*

WB-Aktivist als „Zeitzeuge“

Aber nicht nur, wo WB drunter- oder drübersteht, ist WB drin. Auch der kleine Kommentar auf Seite 1 der SdZ vom 13. Februar 2009 mit der Überschrift „Dresden 1945 – Nicht vergessen“ stammt von einem Witikonen. Darin heißt es:

„Dresden stirbt im vierfachen Bomben-Inferno der Alliierten Luftflotten. Zwischen 135.000 (britische Schätzung) und 275.000 (die Zahl des Internationalen Roten Kreuzes in Genf), vorwiegend Frauen und Kinder aus Dresden und Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten, fielen dem Terror zum Opfer.“ Der aktuelle Forschungsstand, der von ca. 35.000 Toten ausgeht, wird von dem Autor ignoriert. Dann ein Zitat des amerikanischen Schriftstellers Kurt Vonnegut jr., *„der als amerikanischer Kriegsgefangener die Zerstörung der Stadt erlebte“*: *„In dem Feuersturm, in diesem Flammenmeer sind mehr Leute gestorben als in Hiroshima und Nagasaki zusammen.“*

Woher stammen solche monströsen Angaben? Wikipedia dazu: „Die Opferstatistiken bezog er (Vonnegut – RH) aus dem Buch *Die Zerstörung Dresdens* des als Geschichtsrevisionisten umstrittenen Publizisten David Irving.“ Nicht einmal Irving selbst habe an diesen Zahlen festgehalten, erfährt man aus der Internet-Enzyklopädie.

Als Autor des Kommentars wird angegeben: „Professor Dipl. Ing. Arch. Erhard E. Korkisch, ein überlebender Zeitzeuge“. Über die Funktion des Professors als Stimmberechtigter Beisitzer des WB-Vorstands wird der Leser nicht informiert. Das ist üblich: Witikonen sind in allen möglichen Funktionen der SL bis in die oberste Führung hinein zahlreich zu finden, ohne dass ihre Zugehörigkeit zu der stramm rechten Gesinnungsgemeinschaft genannt wird. So zum Beispiel: Werner Nowak, Präsident der Bundesversammlung; oder der SL-Bundeskulturreferent Reinfried Vogler. Besonders im größten Landesverband, dem bayerischen, spielen Witikonen eine führende Rolle.

Der Witikobund auf seiner Homepage über sich selbst:

„Als Wappen führt der Witikobund die rote Rose im weißen Feld, die Adalbert Stifter in seinem Roman ‚Witiko‘ zum Symbol erhebt und die bei der Kultivierung des südböhmischen Raumes im 13. und 14. Jahrhundert in Wappen und Städtenamen dokumentiert wurde. Die witikonische Rose ist zugleich ein Symbol für unseren Willen, das deutsche Kulturerbe im böhmisch-mährisch-schlesischen Raum nicht versinken zu lassen und uns unbeirrt für eine gerechte Lösung der völkerrechtlich umstrittenen Fragen einzusetzen.“

Kulturerbe - Kulturnation

Das deutsche Kulturerbe spielt nicht nur beim Witikobund, sondern bei der gesamten SL bzw. bei den sog. Vertriebenenverbänden insgesamt eine herausragende Rolle. Beim SdT nimmt die Verleihung der Sudetendeutschen Kulturpreise stets einen breiten Raum ein. Als „sudetendeutsche“ Kulturschaffende werden Alle vereinnahmt, die in Böhmen und Mähren geboren wurden oder Nachkommen von dort Geborenen sind.

So widerfuhr beispielsweise dem Maler und ehemaligen Präsidenten des DDR-Verbandes der Bildenden Künstler, Willi Sitte, der mit der SL wahrlich nichts am Hut hat (er hat sogar eine sehr eindrucksvolle Lithographie mit dem Titel „Der Revanchist“ geschaffen), das zweifelhafte Vergnügen, zu seinem 85. Geburtstag von der SdZ „gewürdigt“ zu werden. Das groteskste Beispiel für derartige Vereinnahmung war aber wohl die SdZ-Schlagzeile während der letzten Fußball-Weltmeisterschaft: „Das erste Tor schoss ein Sudetendeutscher.“ Gemeint war Philipp Lahm, geboren 1983 in München. Sein Großvater stammt aus der Tschechoslowakei..

Zum „Kulturerbe“ gehört die „Kulturnation“. Was ist das?

Die Direktorin des Zentrums für Literatur- und Kulturforschung in Berlin, Sigrid Weigel, schrieb dazu einen bemerkenswerten Artikel nicht in der Sudetendeutschen, sondern in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Februar 2008. Überschrift „Die Flucht ins Erbe“.

Der „Kulturnation“ stellt sie die „Staatsnation“ gegenüber:

„...unstrittig ist nur die Definition der Staatsnation. Sie gilt als staatliche und territoriale Einheit, die aus ethnisch, sprachlich oder kulturell unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gebildet wird, wie etwa die USA oder die Schweiz, letztere auch Willensnation genannt.

Den staatsrechtlichen Gegenbegriff zur Staatsnation bildet dagegen jene Kulturnation, die ein ethnisch oder kulturell homogenes Volk darstellt, ohne eine territoriale oder staatliche Einheit zu bilden... Diese staatenlose Kulturnation liefert permanent Anlass zu kontroversen Deutungen, mit denen etwa Selbstbestimmungs- und Territorialansprüche legitimiert werden. Mit Bezug auf das in der UNO-Charta garantierte ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘ wirkt dies wie Sprengstoff im Völkerrecht. Im Interesse von Autonomie-Ansprüchen werden Merkmale einer Kulturnation zum politischen Argument. In der Definition einer Kulturnation als staatenloser Nation ist implizit ein Mangelzustand formuliert, der erst aufgehoben wird, wenn erstere mit dem Staat zur Deckung kommt...“

Zum Thema „Kulturerbe“ gehört auch die Werbung für völkische Vereine wie den berüchtigten „Verein für das Deutschtum im Ausland“, heute „Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“, dem die SdZ im Februar 2008 eine ganze Seite widmete.

„Die Zukunft gestalten“

Kommen wir zurück zum Slogan des Sudetendeutschen Tages 2009: „Der Geschichte verpflichtet die Zukunft gestalten.“ Welcher Geschichte sich die SL verpflichtet fühlt, haben wir gesehen. Wie soll nun die Zukunft nach den Vorstellungen der SL-Führung aussehen?

Die unmittelbare Zukunft

Der Sudetendeutsche Tag 2009 fand eine Woche vor der Europawahl statt. Nach ihrem Absturz bei der Landtagswahl 2008 in Bayern war es für die CSU zum ersten Mal fraglich, ob sie die 5-Prozent-Hürde bundesweit überwinden würde. In aller Offenheit nutzte sie den SdT als ihre größte Wahlkampfveranstaltung und warb mit den Aktivitäten des Kandidaten Bernd Posselt für die internationale Verankerung von Volksgruppenrechten..

Auf kurze Sicht:

CSU und SL wollen Einfluss auf die Gestaltung des „Sichtbaren Zeichens“ in Berlin haben:

Wenn es nach der CSU+SL geht, muss Erika Steinbach spätestens nach der Bundestagswahl im Herbst 2009 „ihren“ Sitz im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ einnehmen. Ihre Beteiligung soll im Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung festgeschrieben werden. Ohne sie will Posselt aussteigen und „etwas Eigenes“ mit der BdV-Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ machen. Schließlich hätten „seinerzeit auch beim benachbarten Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ die Betroffenen ihren Sachverstand eingebracht. (SdZ 27.2.2009)

Steinbach ist für Posselt das „Gütezeichen“, d.h. die Garantin dafür, dass keine „falschen Theorien“ im Sichtbaren Zeichen präsentiert werden. Unter dem Titel „Falsche Theorien bekämpfen“ distanzierte sich der Chefredakteur der SdZ, Herbert Fischer, in Nr. 17/2009 ausdrücklich von der Aussage,

Ursache von Flucht und Vertreibung sei die nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik gewesen. Er bekräftigt Steinbachs These, Polen und Tschechen hätten am liebsten schon 1918 die Deutschen verjagt. Fischer: *„Für die Staatsführung der Tschechen war eigentlich schon 1914/18 ausgemacht, daß man das Sudetenland ohne seine Bewohner haben wollte... So wenig die Ostdeutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, so wenig haben die Sudetendeutschen Schuld an der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939. Ebenso offensichtlich ist, daß die Vertreibung von mehr als drei Millionen Deutschen als Rache für die Errichtung des ‚Protektorats‘ (das immerhin die Männer vor dem Kriegsdienst und das Land vor größeren Kriegseinwirkungen bewahrte) absolut unangemessen ist: In westlichen Staaten wurden nur Schuldige bestraft. Der Zusammenbruch der deutschen Obrigkeit in Berlin, Reichenberg und Prag war für Benes denn auch die günstigste Gelegenheit, die schon lange beschlossene Vertreibung der Sudetendeutschen, die mit dem Zweiten Weltkrieg wenig zu tun hat, zu verwirklichen. Gerade für die künftige Berliner Ausstellung sollten diese Zusammenhänge nicht unter den Teppich gekehrt werden.“*

Warum ist denen das so wichtig?

Die Erinnerung an die Naziverbrechen und den Zweiten Weltkrieg schränkt noch immer die Handlungsspielräume des deutschen Imperialismus ein. Nach dem Scheitern der Strategie des Leugnens und Verschweigens ist man in den letzten Jahren dazu übergegangen, die Distanzierung von den Nazi-Verbrechen als selbstverständlich und deren Aufarbeitung in Deutschland als vorbildlich hinzustellen, um dies dann mit der Forderung zu verbinden, jetzt müssten aber „die Anderen“ ihre „Verbrechen“ aufarbeiten. Im „deutschen Opferdiskurs“ spielt der angebliche „Völkermord“ an den Ost- und Sudetendeutschen eine besondere Rolle. Unübersehbar ist das Bestreben, „Vertreibung“ und „Holocaust“ gleichzusetzen. Eins der ekelhaftesten Beispiele findet sich im „Spiegel“ vom 18. Mai 2009:

Aus Anlass der Überführung des KZ-Schergen von Sobibor Iwan Demjanjuk, eines gebürtigen Ukrainers, beschäftigt sich der Spiegel mit Angehörigen anderen Nationen, die Hilfsdienste beim Holocaust geleistet haben. Als Ursache für derartiges Handeln wird zunächst Antisemitismus genannt. Dann: *„Dennoch scheint ein exzessiver Nationalismus der wichtigere Faktor gewesen zu sein, zumindest in Osteuropa. Denn viele träumten dort von einem Nationalstaat ohne Minderheiten. Das Ostjudentum bildete aus dieser Perspektive nur eine von mehreren Gruppen, die man loswerden wollte.“*

Welche sonstigen Gruppen gemeint sind, muss sich der Leser selbst denken, aber der Spiegel hat ihn längst in die gewünschte Richtung geführt.

Der Vorwurf an die Adresse anderer Staaten, die Rechte ethnischer Minderheiten zu missachten, ermöglicht deutschen Chauvinisten ein anmaßendes Auftreten als rettende Schutzmacht und die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder. Dazu muss das eigene Image möglichst reingewaschen sein.

Insbesondere zum Kriegführen braucht man eine möglichst edle Rechtfertigung. Der Schutz bedrängter Volksgruppen/Minderheiten oder der Zivilbevölkerung insgesamt hat schon in den letzten 20 Jahren immer wieder Vorwände für militärisches Eingreifen geboten (z.B. Jugoslawien). Die Verankerung eines Volksgruppenrechtes auf internationaler Ebene würde derartige Militäraktionen vollends als menschenrechtliche Verpflichtung erscheinen lassen.

Im Wahlprogramm der CSU für die Europawahl hieß es:

„Wir wollen ein europäisches Volksgruppenrecht ... Europa muß die Rechte traditioneller Volksgruppen und Minderheiten schützen. ... Wir bekennen uns klar zum Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin unter maßgeblicher Mitwirkung der deutschen Heimatvertriebenen. Wir werden auch künftig deren berechnigte Anliegen in der EU und im Dialog mit unseren östlichen Nachbarstaaten vertreten. Dazu gehört auch die Unterstützung deutscher Volksgruppen und Minderheiten in ihren Heimatgebieten.“

Für eine solche Politik bietet die Fortexistenz einer „sudetendeutschen Volksgruppe“ den notwendigen Resonanzkörper. Das langfristige Ziel der SL besteht daher schlicht in der Erhaltung der „Volksgruppe“.

Volkgruppenrecht und Weltmacht Europa

Bei der Einschätzung dieser Politik darf man nicht vergessen, dass für die CSU noch eine weitere Organisation eine herausragende Rolle spielt: die Paneuropa-Union. Deren Ziel besteht ausdrücklich in der Schaffung einer „Weltmacht Europa“.

1923 wurde sie von dem böhmischen Adligen Graf Coudenhove-Kalergi geschaffen, von 1933 bis 1945 hatte sie keine Chance gegenüber Hitlers Europa-Plänen, nach 1945 siechte sie dahin. In den 1970er Jahren schließlich wurde sie von Franz Josef Strauß im Zusammenspiel mit Otto von Habsburg wiederbelebt. Vorsitzender der deutschen Sektion ist – Bernd Posselt.

Die Paneuropa-Union träumt von einem militant antikommunistischen, christlichen Europa ohne die Türkei und ohne Russland (Posselt-Werbeslogan: „Für Freiheit und christliche Werte“).

Besser als viele Worte bringt es ein Bild auf den Punkt: In der Zeitschrift „Paneuropa Deutschland“ schrieb Bernd Posselt zur Europawahl am 7. Juni einen Artikel „Für ein Europa, das schützt“. Darin beschrieb er, „worum es bei der kommenden Europawahl am 7. Juni geht und welche Vision von einem geeinten Europa sich jenseits des Lissaboner Vertrages abzeichnet“. Das Titelfoto dazu zeigt das Eurokorps auf den Champs Elysées als „*Ausgangspunkt für eine Europäische Armee, die Europas Interessen in der Welt und die Verteidigung der Union gegen militärische Bedrohungen von außen wirksam wahrnehmen kann*“.

Renate Hennecke

Aus: DTN-Dossier Nr. 11, Dezember 2009, 4,00 Euro + Porto, Bestelladresse: Redaktion Deutsch-Tschechische Nachrichten, Postfach 201026, 80010 München oder [dtm-redaktion\(at\)alice-dsl.net](mailto:dtm-redaktion(at)alice-dsl.net)